

Wer ist schuld am Demokratieversagen: die Politiker, die Wähler oder das System?

Der irrationale Wähler und der eigennützig Politiker

Die Demokratieskepsis blüht. Demokratieidealist, die lange eine herausragende Rolle der Bürger als Allheilmittel für den politischen Entscheidungsprozess ansahen, sind mit ihrem schlichten Demokratieverständnis auf dem Rückzug. Längst hat sich die Einsicht Bahn gebrochen, dass Demokratie, wie sie ist, kein Garant für weise Politik ist und dass auch plebiszitäre Verfahren hieran wenig ändern würden. Über die Ursache dafür aber, dass es demokratischer Politik an Weisheit gebricht, herrscht alles andere als Einigkeit.

Drei konzeptionell sehr unterschiedliche Erklärungsansätze sind möglich. Der erste und älteste besagt, es liege an den Politikern. Diese sollten den Interessen der Wähler dienen, aber die Praxis sehe anders aus. Politiker hätten eigene Interessen, sie nähmen diese wichtiger als die ihrer Wähler, und das demokratische System hindere sie daran nicht.

Der zweite Erklärungsansatz sieht den Grund für das Demokratieversagen genau auf der anderen Seite, nämlich bei den Wählern. Die Wähler seien zu irrational, um vernünftige Politik als solche zu erkennen, und mehrheitlich verlangten sie geradezu nach unvernünftiger Politik. Um in Wahlen erfolgreich zu sein, müssten Politiker daher eine unvernünftige Politik versprechen, und an diese Versprechen seien sie zu einem gewissen Grade gebunden. Die Demokratie funktioniere, kurz gesagt, vor allem deswegen schlecht, weil die Wähler zu viel Einfluss hätten. Wenn dennoch manchmal weise politische Entscheidungen getroffen würden, dann nicht wegen, sondern eher trotz des demokratischen Verfahrens.

Dieser zweite Erklärungsansatz führt indes nicht weiter als der erste. Die Schelte der Wähler geht hier einher mit der leichtfertigen Unterstellung, Politik wäre ohne deren Einfluss vernünftiger. Unterstellt wird, Politiker würden umso bessere Politik für die Bürger machen, je mehr sie ihrem eigenen Willen statt dem Wählerwillen folgen könnten. Eine mögliche logische Schlussfolgerung hieraus wäre, das Wahlrecht nur den Bürgern zuzubilligen, die eine von Politikern konzipierte Vernünftigkeitprüfung bestanden haben. Die Abstrusität solcher Schlussfolgerungen ist offenkundig.

Nichts spricht also dafür, dass Politik weiser würde, wenn nur der Wähler dabei nicht störe, aber sie würde auch nicht weiser, wenn die Politiker enger an Wählervoten gebunden wären. Nachdem alte Demokratieideale nicht mehr standhalten, helfen demnach auch neue demokratiekritische Theorieansätze nicht viel weiter, weder derjenige von der Irrationalität der Wähler noch derjenige von der Eigennützigkeit der Gewählten. Die Einsicht in die Schwächen der Demokratie führt daher vorerst nur in ein Dilemma: Je geringer der Einfluss der Wähler, desto eigennütziger agieren

die Politiker. Je größer aber der Wählereinfluss, desto irrationaler werden die politischen Entscheidungen. Mit beidem wäre den Bürgern nicht im geringsten geholfen.

Das schleichende Gift der Überforderung

Um dem Versagen der Demokratie wirklich auf den Grund zu gehen, bedarf es daher eines weiteren, dritten Erklärungsansatzes. Zu erklären ist, dass die Ursache des Demokratieversagens nicht etwa nur bei einer naturgegebenen Unvernunft von Politikern oder Wählern zu suchen ist, sondern dass die Demokratie eine Unvernunft *sui generis* erzeugt. Sie erweist sich letztlich selbst als die Ursache ihres eigenen Versagens.

Ein elementarer Systemfehler der Demokratie beruht auf der Unzulänglichkeit des Mehrheitsprinzips.¹ Ein mindestens ebenso elementarer Fehler dieser Staatsform aber ist, dass sie systematisch Überforderungen generiert. Der demokratische Staat überfordert alle Beteiligten. Er überfordert die Politiker, und er überfordert auf ähnliche Weise die Wähler. Wer aber überfordert ist, dessen Entscheidungen sind selten von Vernunft beherrscht. Er entscheidet irrational, und er wird darüber hinaus anfälliger für eigennütziges Verhalten.²

Die politische Überforderung ist ein schleichendes Gift. Die Symptome verstärken sich, aber sie bleiben unauffällig, weil dies ein langsamer Prozess ist. Zumindest unterschwellig wird die Überforderung jedoch von den Bürgern erahnt. Die meisten Bürger ahnen beispielsweise, dass vernünftige Politik immer mehr Erfahrung erfordert, und sie ahnen auch, dass diese Erfahrung größtenteils nur in der politischen Praxis erworben werden kann. Daher haben die Bürger eine mehr oder weniger starke Präferenz für politische Kontinuität. Sie neigen dazu, Ämter und Mandate von Politikern zu verlängern, solange persönliche Schwächen nicht allzu offenbar werden. Kanzler haben einen so genannten Kanzlerbonus, Präsidenten einen Präsidentenbonus, und von einem ähnlichen Bonus profitieren Regierungsparteien. Gegenwärtig machen sich politische Führungsfiguren wie etwa Putin in Russland, die Kirchners in Argentinien oder Lula in Brasilien diesen Umstand zunutze, und auch Politiker wie Blair, Bush, Kohl oder Chirac haben hiervon lange profitiert. Die Bürger wollen der Gefahr vorbeugen, dass sie von unerfahrenen Politikern noch schlechter regiert werden als von erfahrenen. Für einen personellen Wechsel an der Staatsspitze votieren sie daher im Allgemeinen erst dann, wenn politische Erfahrung allzu stark überschattet wird von Eigenschaften wie Eigennutz oder altersbedingter Zukunftsblindheit.

Dies mag den Eindruck erwecken, in der Demokratie bliebe am besten alles, wie es ist, solange nur hinreichend erfahrene Politiker regierten; die Wähler mögen überfordert und daher irrational sein, aber sie wüssten doch um den Wert von Erfahrung und erahnten deren Bedeutung für die politische Vernunft der Regierenden; amtierende Politiker mögen zwar immer wieder so unvernünftig oder korrupt werden, dass dies

¹ S. hierzu u.a. *Abschied von der Macht der Mehrheit* oder *Abgründe des Mehrheitsprinzips* in www.reformforum-neopolis.de

² S. hierzu auch *Politische Ordnung und psychische Deformation* in www.reformforum-neopolis.de

schwerer wiegt als ihre Erfahrung, aber in solchem Fall könnten die Wähler einen personellen Neubeginn bewirken, aus dem dann letztlich doch wieder erfahrene Staatslenker hervorgehen.

Wie viel Erfahrung aber wäre wirklich nötig, um eine rationale Politik betreiben zu können? Die erste Antwort hierauf lautet: Es wird immer mehr. Die zweite Antwort: Es ist mehr, als ein Politiker in der ihm verfügbaren Zeit je sammeln kann. Und eine dritte Antwort: Dies war schon immer so, aber es wird immer schlimmer. Es wird daher auch immer offenkundiger.

Wer es wirklich sehen will, der sieht beispielsweise, dass kein Spitzenpolitiker der jüngeren Geschichte je in seiner Amtszeit genügend Erfahrung erworben hat, um in allen wichtigen Fragen rationale Entscheidungen treffen zu können. Einige von zahllosen Beispielen hierfür sind Politiker wie Bush, Blair, Kohl, Putin, Schröder oder Chirac. Sie alle waren bis zum Ende ihrer Amtszeit in fast ihrem gesamten Zuständigkeitsspektrum überfordert. In sehr kleinen demokratischen Staaten mag diese Überforderung noch weniger akut sein, aber in größeren Demokratien können höchstrangige Politiker in ihrer Amtszeit nicht annähernd die notwendige Erfahrung erwerben, um überwiegend rationale Entscheidungen zu treffen. Sie können dies weniger denn je, sie werden es nie können, und genau genommen haben sie es auch früher nicht gekonnt.

Weil aber nur wenige Bürger dies bisher so sehen wollen und weil kein Politiker es sich und anderen eingestehen will, kann das schleichende Gift der Überforderung unvermindert seine unheilvolle Wirkung tun. Wer selbst überfordert ist, kann auch andere nicht durch Vernunft überzeugen, und daher appellieren Politiker weiterhin, wie sie es immer taten, an die niederen Instinkte der Wähler. So kommt es in der Demokratie letztlich zu einer Komplizenschaft von Politikern und Bürgern, die gemeinsam den Tatbestand der politischen Überforderung kaschieren, um sich desto leichter der gewohnten politischen Irrationalität hingeben und sich wachsende politische Vernunftanstrengungen ersparen zu können.

Eindimensionales Politikverständnis

Die schleichende Überforderung betrifft die Politiker, aber betroffen sind ebenso die Bürger selbst, und auch sie waren es zu einem gewissen Grade schon immer. Demokratie war daher schon immer auch ein Versuch, überfordernde Politik für überforderte Wähler so vereinfacht darzustellen, dass sie ihnen halbwegs verständlich erschien. Eine noch immer vorherrschende Darstellungsform von Politik ist das so genannte Rechts-Links-Schema. Dieses tut natürlich einer immer komplexer werdenden politischen Realität zunehmend Gewalt an, aber es kommt den Simplifizierungsbedürfnissen aller Beteiligten entgegen, und es wirkt daher unvermindert verführerisch. Wenn die politische Wirklichkeit sich wirklich eindimensional auf einer Rechts-links-Achse abbilden ließe, dann müsste man sich über wachsende Überforderungen in der Tat wenig Gedanken machen. Wahlen werden, so diese Betrachtungsweise, in der so genannten Mitte entschieden, denn regieren könne nur, wer diese Mitte für sich gewinne; es komme letztlich nur darauf an, eine mehrheitsfähige Politik der Mitte zu formulieren, alles andere sei demokratischer Zierrat. Der

potentielle Wähler braucht sich in dieser Vorstellungswelt nur auf der Rechts-links-Achse, also eindimensional, zu verorten, und Politiker brauchen Politik den Wählern nur eindimensional zu vermitteln. Alle öffentliche politische Rhetorik lässt sich dann dieser Betrachtungsweise unterordnen.

Das vorherrschende Bewusstsein ist dieser scheinbaren Eindimensionalität von Politik noch kaum entwachsen. Solange die Demokratie aber auf so entstellende Vereinfachungen der politischen Wirklichkeit angewiesen ist, kann sie einer wirklich weisen Politik nicht den Weg ebnen. Eine solche Demokratie beruht auf einem mindestens ebenso fatalen historischen Irrtum, wie es vormals etwa bei den Staatstheorien von Hobbes bis Hegel der Fall war, die in einem autoritären Staat oder einer aufgeklärten Monarchie den Endpunkt der politischen Systementwicklung sehen wollten. Die bestehende Demokratie schafft allenfalls eine Illusion von Vernunft, ohne selbst einer wirklich unvoreingenommenen kritischen Vernunft standhalten zu können. Nur wer diese Zusammenhänge nicht versteht oder so tut, als verstünde er sie nicht, kann in der bestehenden Demokratie überhaupt noch Politik machen, die Politik beraten oder ihr in sonstiger Funktion dienen.

Neokratisches Fazit

Die Schlussfolgerung aus all dem ist natürlich, dass das demokratische System als ganzes einer grundlegenden Erneuerung bedarf. Voraussetzung für eine solche Erneuerung wiederum ist die Erkenntnis, dass die Demokratie nur eine historisch bedingte Frühform der - im reformforum-neopolis ausführlich beschriebenen - Staatsform der Neokratie ist, nämlich eine Spartendemokratie mit nur einer eigenständigen Staatssparte. Aus dieser alten Demokratie wird es so lange kein Entrinnen geben, wie nicht die Weiterentwicklung zu neokratischen Staatsstrukturen Gegenstand ernsthafter öffentlicher Auseinandersetzungen geworden ist.

12 – 2007

www.reformforum-neopolis.de